Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 18. November 2006 117. Jahrgang Nr. 31.589

„Ist der Junge völlig durchgedreht?“

Iran-Freund und Ex-Piquetero D'Elía verliert Posten in der Regierung

Buenos Aires (AT/cal) – Die argentinische Regierung zeigte sich perplex: Iran ging nicht auf die letzte Woche ausgestellten Haftbefehle gegen eigene ranghohe Politiker ein, sondern warf der argentinischen Regierung vor, Propaganda gegen den Islam zu betreiben. Teheran forderte im Gegenzug die Festnahme des argentinischen Staatsanwalts und des Richters, die für die Haftbefehle verantwortlich sind.

Wegen eines Anschlags auf das jüdisch-israelische Hilfswerk AMIA in Buenos Aires im Jahr 1994 hat Bundesrichter Rodolfo Canicoba Corral am Donnerstag vergangener Woche auf Bitte des Staatsanwalts Alberto Nisman Haftbefehle gegen acht iranische Politiker ausgestellt. Darunter sind der frühere Präsident Ali Akbar Haschemi Rafsandschani und der damalige Botschafter in Bue-nos Aires, Hadi Soleimanpour. Das Attentat ist nach Nismans Anklageschrift im Jahre 1993 in Iran geplant und hier in der persischen Botschaft in Buenos Aires organisiert worden. Bei dem Attentat waren 85 Menschen getötet und rund 300 verletzt worden.

Bereits diese Aktion im August löste Missmut in der Regierung aus: D'Elía brach in Corrientes Zäune von Privateigentum auf.

Am vergangenen Samstag antwortete der Sprecher des iranischen Aussenministeriums Mohamad Alí Hosseini: „Das ist nichts Anderes als ein Komplott der Zionisten und der Nordamerikaner.“ Die Anklagen seien nicht fundiert. Weiter bezeichnete er das juristische System Argentiniens als „korrupt“. Dabei spielte er auf den Ex-Richter Juan José Galeano, der sich neun Jahre lang mit dem AMIA-Fall beschäftigt hatte und wegen Unregelmässigkeiten schliesslich abgesetzt wurde. Von Galeano, aber auch von Staatsanwalt Nisman, hat nun der Generalstaatsanwalt Irans per Interpol die Festnahme gefordert. Es ginge gegen die internationalen Gesetze, eine Anklage zu erheben, bei der keine Beweise vorliegen.

Die argentinische Regierung liess vorerst nichts von sich hören. Dafür unternahm das Sorgenkind der Regierung, der Unterstaatssekretär für sozialen Wohnungsbau Luis D'Elía, im Alleingang am Montag einen Besuch bei der iranischen Botschaft in Bue-nos Aires. Er überbrachte ein Schreiben, in welchem er festhielt, dass er die Position, die Iran einnimmt, unterstütze. Als man dies dem argentinischen Präsidenten Néstor Kirchner mitteilte, der sich in Santa Cruz aufhielt, blieb diesem die Spucke weg. Er soll geantwortet haben: „Ist dieser Junge völlig durchgedreht!“ Noch am gleichen Tag wurde entschieden, D'Elía – der mit seinen Aktionen der Regierung immer wieder Kopfzerbrechen bereitet – muss zurücktreten.

Bereits am nächsten Tag, am Dienstag, gab Luis D'Elía – der ein freundschaftliches Verhältnis zum Iran-Freund und venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez haben soll – offiziell bekannt, dass er zurücktritt. Und fügte dabei an: „Lobbyisten von Israel und den USA haben schon lange meinen Rücktritt gefordert und Druck gemacht.“

Stromausfall in Argentinien und Chile

Erdölarbeiter in Patagonien drehten den Gashahn zu

Buenos Aires (AT/cal) – Es war drei Uhr Morgens, als eine Gruppe von Erdölarbeitern ins Kommandozentrum von Loma de la Lata in Patagonien eindringt und die Gasventile abdreht. Folge: Stromausfall in Chile und Argentinien – in Fabriken und Kraftwerken. Und aufgescheuchte Politiker zur Morgenstunde im Regierungsgebäude, der „Casa Rosada“, in Buenos Aires.

In Patagonien, wo sich das grösste Erdgasvorkommen Argentiniens befindet, haben am Mittwoch 18.000 Erdölarbeiter verschiedener Unternehmen gestreikt. In den Provinzen Neuquén, Río Negro, Chubut und Santa Cruz. Sie stellten die Zufuhr von 60 Millionen Kubikmeter Gas ein. Chile, das einen grossen Teil seines Gases von Argentinien bezieht, war besonders davon betroffen. Die Erdölarbeiter forderten mit dieser Aktion eine Senkung der Einkommenssteuer auf ihre Löhne.

Bereits im Januar dieses Jahres begannen die Proteste seitens der Erdölarbeiter. Sie sperrten Strassen, es kam später zu Ausschreitungen und im Februar starb ein Polizist. Im März setzte die argentinische Regierung schliesslich die Lohngrenze des steuerfreien Einkommens herauf. Die Erdölarbeiter verlangten nun eine weitere Anhebung der steuerfreien Grenze. Denn ihren Löhnen ziehen die Arbeitgeber zurzeit Steuerbeträge ab, wie es das Gesetz vorschreibt.

In der Casa Rosada in Buenos Aires läuteten die Alarmglocken, Minister wurden um ihren Schlaf gebracht. Carlos Tomada, der Arbeitsminister, verlangte denn auch am Mittwochmittag die zwingende sofortige Aufhebung des Streiks. Die Erdölarbeiter fuhren allerdings fort. Schliesslich gab die nationale Regierung nach und verkündete, dass sie in „den nächsten Stunden dem Parlament ein Gesetzesprojekt übergibt“, damit die Erdölarbeiter – und nur sie – im 2006 von den Steuern befreit werden. Sie werden Rückzahlungen für dieses Jahr erhalten. Der argentinische Gewerkschaftsbund CGT fordert seit Monaten eine solche Lösung für alle Arbeiter.

Keine Baubewilligungen für 90 Tage

Hochhäuser-Stopp in sechs Stadtvierteln von Buenos Aires

Buenos Aires (AT/cal) – In der Stadt Buenos Aires wird ausgiebig gebaut. Nicht zur Freude aller. Viertelbewohner haben protestiert. Bereits letzte Woche führte dies mittels eines Gerichtsentscheides zu einem Baubewilligungs-Stopp für alle in Planung stehenden neuen Hochhäuser im Stadtviertel Caballito. Diese Woche zog die Stadtregierung nach: Insgesamt in sechs Stadtvierteln – Villa Urquiza, Coghlan, Nuñez, Palermo, Villa Pueyrredón und Caballito – dürfen für 90 Tage keine Baubewilligungen ausgestellt werden.

Die Viertelbewohner in Caballito hatten sich beschwert, dass Hochhäuser ohne vorangehende Abklärungen verwirklicht werden. Die Häuser überbevölkerten das Viertel und die Bauarbeiten verursachten viel Lärm. Zudem befürchteten sie, ein Kollaps des Abwassersystems und dass das Wasser, Licht und Gas für alle Anwohner nicht ausreiche.

Dieses am letzten Dienstag von Stadtregierungschef Jorge Telerman unterschriebene Baustopp-Dekret sei „vorbeugend und provisorisch, sagte der Minister für Städteplanung und öffentliche Bauten Juan Pablo Schiavi. In diesen 90 Tagen hätte die Regierung Zeit die möglichen Folgen des Bau-Booms abzuklären und das „Gesetz der Städteplanung“ zu überarbeiten. Von diesem Baustopp sind Häuserbauten betroffen, die mindestens eine Höhe von 13,5 Meter aufweisen – vier Stockwerke.

Die Regierung will eng mit der Legislative zusammenarbeiten und Kommissionen formen, in welchen auch Viertelbewohner mitdiskutierten, „was wir in Buenos Aires überhaupt für Stadtteile wollen?“, sagte Schiavi. Weiter soll unter anderem abgeklärt und ausgeführt werden:

- Überarbeitung des Umweltgesetzes: Bei einem Gebäude, das mehr als 10.000 Quadratmeter messen wird, müssen künftig im Vorfeld Studien unternommen werden bezüglich Auswirkungen auf die nähere Umgebung.
- Genauere Ausformulierung des „Lärmgesetztes“: Gebaut darf man nur noch von Montag bis Freitag von 7 bis 22 Uhr.
- Die Bauvorhaben und Baustellen sollen strenger und häufiger kontrolliert werden.

Überlasten neue Hochäuser die Infrastruktur?

Bereits am Dienstag trafen sich Jorge Telerman und Juan Pablo Schiavi mit den Unternehmern, die die Viertel mit Wasser, Strom und Gas beliefern und für diese Infrastruktur verantwortlich sind. Es ging um erste Abklärung – um den gegenwärtige Stand der Dinge. Die Unternehmer vergewisserten, dass diese Dienstleistungen zurzeit gewährt sind und kein Kollaps zu befürchten ist.

Die Immobilienkammer Argentinien (CAI) kritisiert Telermans Beschluss. Es lege bewilligte Bauvorhaben lahm und sei unakzeptabel. CAI-Vizepräsident Juan García Espil sagte: „Ich zweifle zudem, dass in 90 Tagen die bestehenden Probleme gelöst werden können.“

Fünf Oberste Richter

Mit dem überraschenden Vorstoss der Senatorin und Präsidentengattin Cristina Fernández de Kirchner, die Zahl der Mitglieder des Obersten Gerichtshofes von neun auf fünf zu senken, hat die Regierung sich von der Schlappe erholt, die ihr die Konstituantewahl in Misiones zwecks Verhinderung der unbeschränkten Wiederwahl des Gouverneurs erteilt hatte. Präsident Kirchner hatte sich persönlich für die unbeschränkte Wiederwahl eingesetzt, hat aber sogleich die Meinung der Wähler in Misiones beherzigt und seinen Einsatz für die unbeschränkte Wiederwahl zurückgezogen. Derzeit gilt die politische Sprachregelung für eine einzige Wiederwahl in Folge, insgesamt acht Jahre, für Präsident, Gouverneure und künftig auch Bürgermeister. Hierüber müssen die Legislativen der Gliedstaaten befinden.

Die Mitglieder des Obersten Gerichtshofes hatten sich in den letzten Monaten mehrmals öffentlich dafür eingesetzt, dass die Exekutive bzw. der Kongress entweder die Zahl der Richter auf sieben oder besser fünf senkt, oder die beiden fehlenden Richter ernennt. Seit über einem Jahr gibt es zwei Vakanzen, nachdem Richter Augusto Belluscio demissioniert hatte und Richter Antonio Boggiano auf Betreiben der Exekutive vom Kongress abgesetzt worden war. Dieser Zustand mit sieben amtierenden Richter, deren Mehrheit für Sprüche fünf Richter beanspruchte, als ob sie neun wären, erschien besonders kompliziert für den Obersten Gerichtshof.

Mit dem neuen Gesetz wird die Mehrheit von vier Richtern gelten, solange es sieben oder sechs sind, und danach auf drei fallen, sobald der Gerichtshof mit den künftig vorgeschriebenen fünf Mitgliedern besetzt sein wird. Vorerst bleiben sieben Richter im Amt. Weder der hochbetagte Richter Carlos Fayt noch der bisherige Präsident Enrique Petracchi, der Ende Dezember sein dreijähriges Amt an den letzten ernannten Richter Ricardo Lorenzetti abtritt, hegen Rücktrittsabsichten. Richter Fayt ist mit 88 Jahren bemerkenswert rüstig, arbeitet täglich im Amt und erfreut sich bester Gesundheit und Geistesfrische. Beide Richter waren 1983 vom damaligen Präsidenten Raúl Alfonsín mit Genehmigung des Senats bestellt worden. Nur die von Präsident Carlos Saúl Menem ab 1990 ernannten Richter mussten auf Geheiss von Präsident Kirchner ausscheiden, indem sie entweder demissionierten wie der damalige Gerichtspräsident Julio Nazareno, Adolfo Vázquez, Guillermo López und Gustavo Bossert oder vom Richterrat abgesetzt wurden wie Enrique Moliné O'Connor und besagter Boggiano.

In der argentinischen Verfassungsgeschichte wurde der erste Oberste Gerichtshof 1863 mit fünf Mitgliedern von Präsident Bartolomé Mitre eingesetzt. Ganze 85 Jahre amtierten stets fünf Richter und sorgten für institutionelle Stabilität, bis sie von Präsident Perón abgesetzt wurden. Danach gab es Amtszeiten mit fünf, sieben und zuletzt seit 1990 neun Richtern.

Die Rückkehr zum Gerichtshof mit fünf Richtern wurde von Richtern, Rechtsanwälten, Politikern, auch der Opposition (UCR, ARI, PR0, Sozialisten) begrüsst, ebenso in den Medien. Der Oberste Gerichtshof hatte 1990 offen gegen die Anhebung der Mitglieder von fünf auf neun Richter opponiert. Richter Jorge Bacqué trat deshalb zurück.

Damals wurden neun Richter als die bessere Lösung für eine schnellere Abwicklung der Prozesse begründet, genau das gleiche Argument, das jetzt für die Rückführung auf fünf Richter angegeben wird. Tatsächlich hat sich die Amtsführung des Obersten Gerichtshofs in den letzten sechszehn Jahren deutlich verlangsamt, weil alle neun Richter jede Prozessakte einsehen müssen, auch wenn jeweils nur ein Richter im Urteilsspruch federführend ist.

Das eigentlich Problem des Obersten Gerichtshofs besteht in der unglaublichen Zahl von Prozessen, die in dritter Instanz nach einem Richter und der Berufungskammer behandelt werden. Weder neun noch fünf Richter sind physisch in der Lage, hunderttausende Prozessakten zu sichten und zu beurteilen, auch wenn ihnen Referendare beistehen. Der Oberste Gerichtshof, der eigentlich nur Verfassungsklagen behandeln sollte, lässt Klagen wegen angeblicher Willkür zu, die ihn überfordern. Dieses Problem muss vom Gerichtshof selber oder mittels eines Gesetzes geregelt werden, damit der Oberste Gerichtshof wie in den Vereinigten Staaten nur wenige Verfassungsklagen behandelt. In Washington werden jährlich weniger als hundert Fälle behandelt, hier viele tausend.

Unterdessen hat der Vorstoss Frau Kirchners dazu beigetragen, ihre mögliche Kandidatur für die Präsidentschaft als Ablösung ihres Gatten ins politische Gespräch zu bringen, nachdem der Vertraute des Ehepaars, Abgeordneter Carlos Kunkel, diesbezüglich zeitgleich mit einer Erklärung den Ton angegeben hat. Über formelle Kandidaturen soll nach der Sprachregelung Kirchners erst nach dem kommenden Sommer entschieden werden, wiewohl inzwischen Medien und Umfragen über die Volkstümlichkeit der Kandidaten und die Wählerabsichten berichten.

WOCHENÜBERSICHT

Es scheint, Perón war doch kinderlos

Zwei Gentest-Resultate haben ergeben, dass die 72-jährige Martha Holgado nicht die Tochter des ehemaligen argentinischen Präsidenten Juan Domingo Perón ist. Beide DNS-Analysen mit Proben der Überresten Peróns und des Blutes Holgados wurden in Labors in Argentinien durchgeführt. Die Verantwortlichen der Laboratorien beteuern, dass mit einer Sicherheit von 100 Prozent die Vaterschaft ausgeschlossen werden kann. Holgado hat ebenfalls Proben eingeschickt: eine in Argentinien und eine ins Ausland. Diese Ergebnisse sollten in rund zwei Wochen eintreffen. „Ich bin als die Tochter von Juancito geboren und werde als die Tochter von Juancito sterben", sagte sie, als sie die Resultate am Dienstag erfuhr. Martha Holgado kämpft seit bald 14 Jahren, als Tochter des Ex-Generals anerkannt zu werden.

Eishagel in Grösse von Tennisbällen in Rosario

Zehn gewaltige Minuten: Eishagel in der Grösse von Tennisbällen prallte am Mittwoch auf die Stadt Rosario in der Provinz Córdoba nieder. Eine tote Person, viele Verletzte, überfüllte Spitäler, zerstörte Autos, Dächer, Fenster und verwüstete Strassen sind die Bilanz. 40.000 Personen hatten zudem keinen Strom. Einige sassen noch am Donnerstag im Dunkeln. Die Bewohner sprachen von einem Unwetter, wie sie es zuvor noch nie gesehen hatten.

Definitiv: Misiones ohne unbegrenzte Wiederwahl

Wie erwartet hat die verfassungsändernden Versammlung in der nordöstlichen Provinz Misiones Nein zu einer uneingeschränkten Wiederwahl des dortigen Gouverneurs gesagt – es wird keine Verfassungsänderung geben. Die 35 sogenannten „constituyentes" der Versammlung waren am 29. Oktober von der Provinzbevölkerung gewählt worden. Zur Wahl standen zwei Listen: die der Opposition, der Kirche sozusagen, und jene des amtierenden Gouverneurs Carlos Rovira, der eine Verfassungsänderung anstrebte. Die Opposition nahm 20 der „constituyentes"-Sitze ein, Rovira nur 15.

Yaski ist neuer Chef der CTA-Gewerkschaft

Die Gewerkschaft "Zentrale der Arbeiter Argentiniens" (CTA) hat letzten Freitag einen neuen Chef gewählt: Hugo Yasky wird bis November 2009 die Zentrale führen. Er ist der Nachfolger von Víctor De Gennaro. Mit dieser Wahl wird die CTA näher an die Politik Néstor Kirchners rücken.

Buenos Aires sehr beliebt bei Touristen

Die Stadt des Tangos ist eine der beliebtesten Reisedestinationen: Buenos Aires steht in einer Umfrage an zweiter Stelle. Die Zeitschrift Condé Nast Traveler wollte wissen, welche Städte auf den amerikanischen Kontinenten das attraktivste Reiseziel sind. Vancouver in Kanada belegt den ersten Platz.

Antennen-Boom in der Stadt Buenos Aires

Die Telefonantennen für Funktelefone spriessen wie Pilze aus dem Boden: Rund 600 Antennen finden sich in der Stadt Buenos Aires. Klagen von Stadtbewohner häufen sich. Die meisten davon sind aufgrund Befürchtungen, dass die elektromagnetischen Strahlungen Folgen auf die Gesundheit hätten und Krankheiten verursachten. Quartiervereine fordern von der Stadtregierung, dass sie den Installationsboom reguliert und besser kontrolliert. In den letzten fünf Jahren ist in Argentinien die Zahl der Handys im Netz von 19,3 Millionen auf 28,3 Millionen angestiegen. Nach Spezialisten werden pro Tag landesweit 10 Antennen aufgestellt.

Fans drohen hauseigenen Fussballspielern

"Ich schiesse dir sonst in die Beine", soll ein Fan einem Fussballspieler gesagt haben. Wegen Drohungen ihrer eigenen Fans sollen Spieler des Fussball-Erstligisten Gimnasia La Plata ein Match gegen die Mannschaft Boca Juniors Buenos Aires 1:4 vorsätzlich verloren haben. Gimnasias Fans sollen ihre Mannschaft zu einer Niederlage gezwungen haben, damit die Titelchancen von Gimnasias Erzrivale Estudiantes – ebenfalls aus La Plata – sinken. Die Behörden haben nun die Ermittlungen aufgenommen.

Erstes Verkehrsgesetz in der Hauptstadt

Der Verkehrsteilnehmer muss sich künftig an mehr Regeln halten: So kann ein Autofahrer neu eine Busse erhalten, wenn er sich weigert, sich einem Alkoholtest zu unterziehen. Das Stadtparlament von Buenos Aires hat am Donnerstag Ja zum ersten Verkehrsgesetz gesagt. Die wichtigste Erneuerung ist der Aufbau einer speziellen Abteilung mit Verkehrspolizisten. Sie sollen kontrollieren, ob die Verkehrsteilnehmer die neuen Verordnungen einhalten. Weiter ist vorgesehen, obligatorische Verkehrskunde an den öffentlichen Schulen einzuführen.

Eröffnung am Tag der Deutschen Einheit:

www.allesdeutsch.com.ar

...für alle, die es deutsch mögen.

Stadtdirektor für Gemeinschaften

Buenos Aires (AT/RTA) - Die Regierung der autonomen Stadt Buenos Aires hat eine neue Amtsstelle eingerichtet, die sich den verschiedenen Gemeinschaften widmet. Generaldirektor Armando Canaziani besuchte das „Argentinische Tageblatt" in Begleitung seiner Mitarbeiterinnen Marilyn Tcharian und Mónica Ferreyra, um die Aufgaben der neuen Amtsstelle zu erläutern. Es gehe darum, die Kulturen der Gemeinschaften zu pflegen, ihre Sprachen und Sitten. Buenos Aires wurde in über hundert Jahren von meist europäischen Einwanderern gestaltet, die neue kulturelle Initiativen entwickelten und fühlbar zur derzeitigen kulturellen Blüte der Stadt beitrugen.

Die deutschsprachige Gemeinschaft sei eine aktive, die die Stadt und Umgebung Buenos Aires prägt und belebt, wie an Hand der Nachrichten über Vereine, Religionsgemeinschaften und Schulen, die in unserer Zeitung erscheinen, festgestellt werden kann. Keine andere der vier deutschsprachigen Zeitungen in Südamerika (Chile, Paraguay und zwei in Brasilien) vermitteln ein derart aktives Bild der deutschsprachigen Gemeinschaften wie in Argentinien. Allein die Schulen mit 18.000 Schülern, andere Anstalten, in denen Deutsch unterrichtet wird, die kulturellen Institutionen, die kräftige Wirtschaft mit zahlreichen fortschrittlichen Unternehmen legen darüber ein Zeugnis ab. Die Stadtregierung habe es sich zur Aufgabe gemacht, die Beziehungen mit den Gemeinschaften zu pflegen. Die beiden Kinder des Regierungschefs Jorge Telerman besuchen die Pestalozzi Schule. Telerman selber interessiert sich als sprachkundiger Akademiker mit einem US-Universitätsabschluss besonders für die Gemeinschaften.

Randglossen

Seine grundsätzliche Überzeugung habe ihn dazu verleitet, gemeinsame Sache mit Iran zu machen, begründete der frühere Piquetero Luis D'Elía seine Demission als Unterstaatssekretär für Sozialwohnungen, welchen Posten er seit Februar 2006 bekleidete. Diese Umschreibung seines Rausschmisses durch Präsident Kirchner soll die Solidarität D'Elías mit Iran im Streit mit der argentinischen Regierung über die Schuldigen des Terrorattentates gegen das jüdische Hilfswerk AMIA von 1994 beschönigen. Mit Iran solidarisieren sich in Argentinien auch die terroristische Organisation genannt Quebracho, deren Mitglieder vermummt und mit Stöcken Einschüchterungen organisieren. Präsident Kirchner hat mit der Entlassung D'Elías Stellung zugunsten der AMIA bezogen und damit im weltweiten Konflikt gegen den Terror solidarisch mit USA und anderen Regierungen gehandelt. Beim Terror hört jeglicher politischer Spass auf.

Die Erdölgewerkschafter Patagoniens haben die argentinische Regierung in die Knie gezwungen, als sie die Gaslieferungen blockierten, so dass Chile nicht beliefert werden konnte und lokale Industrien sowie Stromwerke auf andere Brennstoffe umschalten mussten. Die aufsässigen Gewerkschafter setzten ihre Forderung durch, dass die hohen Löhne mehrerer tausend Pesos im Monat nicht durch die Abzüge zuhanden der Gewinnsteuer geschmälert werden, wie es landesweit üblich ist. Zeitgleich ermächtigte die Deputiertenkammer die Exekutive, den Krisenfonds für die Finanzierung allfälliger allgemeiner Anhebungen der Freigrenzen für Löhne und Gehälter anzuzapfen, damit weniger Steuern von den Arbeitgebern einbehalten und dem Steueramt abgeliefert werden. Dass die Gewerkschafter in Patagonien gesetzwidrig handelten, als sie einen gewalttätigen Streik inszenierten, der bei Gaslieferungen öffentliche Dienste betraf, stimmt sicherlich bedenklich als Beispiel für kommende Lohnkämpfe im Wahljahr 2007.

AUSFLÜGE UND REISEN

Die sehenswerte Kathedrale von La Plata

Wie keine andere Stadt Argentiniens ist La Plata ein echtes Retortenprodukt: von Pedro Benoit (1836-1897) auf dem Reißbrett entworfen, wurde die Hauptstadt der Provinz Buenos Aires zum Symbol des Mystischen. Denn Benoit, angeblich ein Nachfahre Marie Antoinettes und Freimaurer, zeichnete das schachbrettförmige Straßenmuster derart, dass die Hauptdiagonalen fast genau von Nord nach Süd verlaufen und die Parallelstraßen sowie die Avenidas südost-nordwest bzw. nordost-südwest, dazwischen rund 20 Plätze eingestreut. Manche wollen daher in diesem Stadtplan Zirkel und Winkelmaß wiedererkennen.

Die große Parkanlage des Bosque mit dem weitläufigen Zoo (gleichzeitig auch Botanischer Garten), das Naturwissenschaftliche Museum sowie die herrlichen öffentlichen Gebäude machen La Plata zu einer absolut besuchenswerten Stadt.

Was aber seit kurzer Zeit das Publikum besonders in ihren Bann schlägt, ist die gleichfalls von Benoit skizzierte und nach über 100jähriger Bauzeit endlich fertig gestellte Kathedrale. Seit ihr 1999 die Turmspitzen aufgesetzt wurden, wirkt das monumentale Gebäude wie aus einem Guss. Architektonisch ist ihr Stil eine Mischung der klassischen gothischen Gotteshäuser von Amiens, Chartres, Reims und Köln, doch die ganze Dekoration mit Reliefs, Statuen, Wasserspeiern und Allegorien ist rein autochthon. Die Kirche ist der Unbefleckten Empfängnis Jesu gewidmet.

Die Kathedrale der Unbefleckten Empfängnis.

Heute kann man mit dem Lift in einem der beiden Türme, der eine heißt Jesús und der andere María, in zwei Etappen bis in 64 Meter Höhe hinaufschweben und hat von dort einen schönen Ausblick auf die mit viel Grün durchsetzte Stadt, bis hin nach Berisso und dem ultramodernen Estadio Único. Im María-Turm ist das Carillon, das Glockenspiel mit 25 chromatisch gestimmten Glocken untergebracht.

Im Untergeschoss, von wo man zu dem Fahrstuhl gelangt, kann man nicht nur die Krypta besuchen, sondern auch anschaulich Details von den Bauarbeiten betrachten: Schubkarren und Schaufeln, Backsteine, Mörtel, Kellen und Bleigewicht, grad so, als ob sie die Maurer eben hätten liegen gelassen.

Insgesamt sind die beiden Türme nun 112 Meter hoch, knapp sechs Meter mehr als die der Basilika von Luján. Auf den Verputz der Außenfassaden hat man schließlich verzichtet, denn man fürchtete, dass der Boden das Gesamtgewicht der Konstruktion dann eventuell nicht tragen könnte.

Im Erdgeschoss gibt es eine Cafetería, Souvenirs und Literatur. Es kommen erstaunlich viele Ausländer, alle 20 Minuten findet eine Führung statt.

Außer dem erst unlängst wiederaufgebauten Teatro Argentino, heute eines der fortschrittlichsten Opernhäuser überhaupt, bietet La Plata für den an Architektur Interessierten einen weiteren Leckerbissen: nämlich das von Le Corbusier gezeichnete Haus in der Straße 53 Nummer 320 unweit des Bosque.

Das Le Corbusier-Haus in La Plata.

Die Geschichte ist die: im Jahr 1948 bittet der Arzt Pedro Curutchet den weltberühmten Schweizer Architekten brieflich um den Entwurf eines Gebäudes auf einer neun mal 20 Meter großen Parzelle, das Wohnhaus, Labor und Konsultorium gleichzeitig beherbergen soll. Funktionalismus und geometrischer Purismus in Reinkultur sind die Antwort. Erst sieben Jahre später wird das Haus fertiggestellt, erweist sich aber trotz seiner hyperfortschrittlichen Konzeption für Curutchets Bedürfnisse als so unpraktisch, dass es der Arzt kurz danach verkauft. Heute residiert dort, bezeichnenderweise, das Architekten-Kollegium von La Plata.

Tourismusbörse

Am Samstag, dem 25, und Sonntag, dem 26. November, findet in La Rural die große Feria Internacional de Turismo de Buenos Aires y América Latina 2006 statt. Neben Hunderten von Ausstellern gibt es für das Publikum auch zahlreiche Vorträge und Shows.

Marlú

ANTARCTICA EXPEDITIONS
Abfahrten von Ushuaia, Argentinien
von November bis März
11 - 12 - 15 - 20 - 30 Tage-Fahrten
info@antarcticacruises.com.ar
www.antarcticacruises.com.ar
Tel.: +54.11.4806.6326
Fax: +54.11.4804.9474
Evyt Leg. 4552 disposición 597/97

Flyer Lufthansa City Center
(Zona Norte)
Leg. 213 Res.04447
Av. Fondo de la Legua 425
(B1609JEE) San Isidro
Tel.: (54 11) 4512-8100
E-mail: info@flyer.com.ar
www.flyer-de.de

PERSONALNACHRICHTEN

Goldene Hochzeit

Loti und Erwin, am 14.11

Todesfälle

Dorotea Paz Clausen de Brolund, 87, am 5.11.

TABELLEN

Fußball

Torneo Apertura

Banfield - Arsenal 1:2, Estudiantes - River Plate 3:1; Gimnasia La Plata - Velez 0:3; Colon - CA Lanus 1:3; Belgrano - Gimnasia Jujuy 0:1; Rosario Central - Argentinos Juniors 2:1; Godoy Cruz - Nueva Chicago 4:0; Independiente - Racing Club 2:0; Boca Juniors - Quilmes 3:1; San Lorenzo - Newell's 2:1.

Tabellenspitze: 1. Boca Juniors 34:12 Tore, 38 Punkte, 2. Estudiantes 27:9, 34; 3. River Plate 28:14, 31; 4. Arsenal 22:16,28; 5. Independiente 27:18, 26; 6. Velez 21:14, 25; 7. San Lorenzo 25:27, 23; 8. Racing 19:15, 22; 9. Rosario Central 21:18, 22; 10. Lanus 20:22, 21.

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Der frei benannte Dollarkurs betrug Freitag nachmittags $ 3,09. Die Rofexterminkurse betrugen zum 30.11. $ 3,073, 2.1. $ 3,083, 31.1. $ 3,093, 28.2. $ 3,102 und 2.4. $ 3,111.

***

Der Mervalindex fiel in der Berichtswoche zum Donnerstag um 0,1% auf 1.891,51, der Burcapindex stieg um 0,1% auf 6.578,26 und **der Börsenindex fiel um 0,1% auf 92.776,29.**

***

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) stieg in der Berichtswoche um 0,8% auf $ 2,537.

***

Die Gold-, Devisen- und Anlagenreserven der ZB Betrugen am 3.11.06 U$S 29,24 Mrd., der Banknotenumlauf $ 53,16 Mrd. Eine Woche zuvor waren es U$S 28,76 Mrd. bzw. $ 50,99 Mrd., einen Monat zuvor U$S 28,10 Mrd. bzw. $ 51,72 Mrd. und ein Jahr zuvor U$S 26,52 Mrd. bzw. $ 43,71 Mrd.

***

Der Deckungskoeffizient der Devisenreserven in Pesos zum Tagenkurs, bezogen auf die monetäte Basis, betrug am 3.11.06 127,7%.

***

Die Regierung gab bekannt, dass ihr die Weltbank ein Darlehen von U$S 300 Mio. für Gesundheitsbetreuungen, und die Förderungsköperschaft der Anden (CAF) weitere U$S 300 Mio. für Hochspannungsleitungen gewährt haben. Der Weltbankkredit sei für Mütter und Kinder der unteren Einkommenschichten bestimmt. Er ist die Fortsetzung des Nacer Planes, durch den 04 bereits U$S 135 Mio. bewilligt wurden. Er soll etwa 1,7 Mio. Mütter und Kinder schützen, die keinen Sozialplan haben. Der Plan werde ausserdem auf 15 weitere Provinzen ausgedehnt, die in ihm bisher nicht eingetragen waren und flächendeckend im ganzen Land werden. Mit dem CAF Darlehen soll die Stromverbindung zwischen Rincón Santa María und Rodríguez, einschlieslich der Bauten, Leitungslegungen, Trafostationen und Kontrolleinrichtungen auf bis zu 15 Jahre, mit 2 Jahren Karenz, finanziert werden.

***

Die Wirtschaftsführung teilte mit, dass die Zahlung des ersten mit dem BIP-Wachstum indexierten Kupons am 15.12.06 erfolgte und U$S 392 Mio. betrug. Diese Kupons sind Teil der Umschuldung und wurden mit dem BIP-Wachstum indexiert, um sie attraktiver zu machen. Der mit Rechtssitz New York ausgegebene Dollarbonds zahlte U$S 89,8 Mio., der Dollarbonds mit Rechtssitz Argentinien U$S 18,2 Mio. Der Kupon in Pesos zahlt $ 559 Mio., in Euro E 78,1 Mio. und in Yen 261 Mio. Yen. 06 wurde der Kupon in Pesos um 120% aufgewertet, der in Dollar um 130%. Die Indexierung betrage 5% der realen BIP-Zunahme gegenüber der veranschlagten.

***

Die Firma Komplex hat in Rio Tercero die einzige Fabrik für flüssigen Phosphatdünger in Betrieb genommen. Die Investition einer Familie aus Rio Tercero betrug $ 2 Mio. und ist eine Erweiterung ihrer seit 2 Jahren laufenden Amonsulfat Produktion, eines anderen flüssigen Kunstdüngers. Die hier verwendeten Phosphatdünger sind fest, körnig und zum Teil importiert. Bedeutende Lieferanten sind Profértil und Cargill. Komplex mietet Fabriksräume im Komplex von Fabricaciones Militares, der auch Lieferant mehrerer Rohstoffe ist. Komplex fand Nischen am Düngemittelmarkt, besonders bei flüssigen für Sprühanwendung, beschäftigt 60 Mitarbeiter und hat bisher $ 7 Mio. investiert.

***

Cencosud (hier Unicenter, Easy, Jumbo, Disco usw.) hat mit der Provinz Salta für 07 ein Abkommen über ein Shopping im Nordteil der Provinzhauptstadt unterschrieben. In ihm seien auch Filialen von Jumbo und Easy vorgesehen. Die Investition soll $ 90 Mio. betragen. Die Provinz erhält $ 15 Mio., von denen $ 4,5 Mio. für eine neue Polizeikadettenschule bestimmt sind. $ 3 Mio. erhält der Popeyklub, Inhaber der Grundstücke. Rd. $ 7 Mio. sind für Sportplätze und die gesamte Sport-Infrastruktur der Provinz bestimmt. Das Provinzparlament muss noch zustimmen.

***

SCP, Sociedad Comercial del Plata, hat dem Teléfonos de Mexico Holding (Telmex) Ertach SA nach Abschluss der im August begonnenen Buchprüfungen für U$S 22,5 Mio. verkauft. Der für SPC zuständige Konkursrichter und das Kommunikationssekretariat müssen noch zustimmen. Ertach SA ist mit 40% Marktanteil ein führendes Unternehmen für drahtlose Verbindungen, das 04 von SCP zu 100% übernommen wurde. Mit dem Kauf schreitet Telmex des Mexikaners Carlos Slim nach bedeutenden Investitionen in Argentinien, im Bereich drahtlose Breitbandverbindungen, weiter fort.

***

Die Obstsäfteausfuhren der ersten 9 Monate 06 übertrafen die des gesamten Vorjahres. Wie das Senasa Amt mitteilte, wurden 15.486 t für U$S 15,4 Mio. verschickt, gegen 17.344 t für U$S 13,99 Mio. 05. Am wichtigsten war Orangensaft für U$S 3,9 Mio., mit Frankreich als Hauptabnehmer, vor Zitronensaft für U$S 3,5 Mio.

***

Mastellone, mit seiner Marke La Serenísima, das einzige Molkereigross-unternehmen das noch heimischen Kapitals ist, befindet sich in Zahlungsschwierigkeiten. Im Vormonat musste es Zinsfälligkeiten von U$S 6 Mio. im Dezember, verschieben. Das war durch vorherige Umschuldungsbedingungen möglich. Die Firma betonte die Unmöglichkeit, die erhöhten Kosten auf die Endpreise zu übertragen und die Notwendigkeit, über flüssiges Arbeitskapital zu verfügen.

***

Das Energía Plus Programm, das grosse Industrien zwingt, grösseren Strombedarf als den von 05 mit eigenen Mitteln zu decken hat 2 neue Änderungen erfahren, mit denen Schwierigkeiten bei Kontrollen und Strafverfahren überwunden werden sollen. Nach der Bestätigung, dass die Bussen für Nichtanpassungen an das neue System ab dem 8.11. berechnet werden, betonte das Planungsministerium, dass die Vergleichsmessungen in „Zeitbändern“ und nicht stündlich durchgeführt werden und dass der Mehrverbrauch vorläufig zu dem Strompreis des teuersten E-Werkes im Gesamtsystem berechnet werden.

***

Die Transportarbeitergewerkschaft Unión Tranviaria Automotor fordert 16% Gehaltszulage für Kurz- und Mittelstrecken-Busfahrer. Die Verhandlungen stocken, weil die Unternehmer Erhöhungen der Tarife oder der Subventionen fordern, wie Vizearbeitsninisterin Noemí Rial erklärte.

***

Die französische Total verkauft ihre Stromversorgungsdienste in Argentinien, um sich hier auf Rohölerschliessung und Förderung zu konzentrieren. Ohne Einzelheiten anzugeben erklärte sie, dass sie 63,9% des Wärmekraftwerkes Central Puerto und 41,3% des Wasserkraftwerkes Piedra del Aguila verkauft.

***

ZB-Präsident Martín Redrado hatte mit dem Präsidenten der Interamerikanischen Entwicklungsbank (BID), Luis Alberto Moreno, eine Unterredung über die Möglichkeit, dass die BID Finanzierung in Pesos erteilt. In diesem Sinn wurde die Ausgabe eines Bonds in Pesos erwogen, der bei Rentenfonds (AFJP), Versicherungsgesellschaften u.a. institutionellen Anlegern untergebracht werden könnte. Die BID hat schon in Kolumbien eine Bondsemission in lokaler Währung, über ihre Tochteranstalt, die Interamerikanische Finanzkörperschaft (CII) aufgelegt. Das Problem, das sich in Argentinien stellt ist, dass Pesobonds indexiert sein müssten, um Interessenten zu finden, wobei dies jedoch für die BID einen Verlust bedeuten kann, wenn sich der Peso real weiter aufwertet, es sei denn die Mittel

werden in Argentinien mit der gleichen Indexierung ausgelichen.

***

Die zuständigen Senatskommissionen haben einem Gesetzesprojekt zugestimmt, das den Erdölprovinzen die bestehenden Ausbeutungsgenehmigungen und Konzessionen, für Erdöl und Gas überträgt. Bei Vorkommen im Meer behalten die Provinzen die Hoheit über 12 Meilen, weiter von der Küste entfnernt behält der Nationalstaat die Zuständigkeit für Erdöl- und Gasausbeutung. Ebenfalls unterliegen Gas- und Ölleitungen durch mehr als eine Provinz, dem Nationalstaat. Die bestehenden Verträge auf diesem Gebiet bleiben voll in Kraft. Die Erdölunternehmen hoffen, dass die Provinzen mehr Verständnis für die Forderung der Verlängerung der Konzessionen haben, wobei die optimale Lösung die Konzession auf unbestimmte Zeit ist, bis zur Erschöpfung des Lagers, was eine langfristige Planung der Ausbeutung erlaubt.

***

Der Stromverbrauch nahm im Oktober im Vorjahresvergleich, bei höheren Umwelttemperaturen, um 8,4% zu, wie die Fundelecstiftung mitteilt. In den ersten 10 Monaten betrug die Zunahme im selben Vergleich 5,85%. Der Spitzenbedarf fand am 24.10 mit 17.252 MW bei 331,7 GWh statt. Er nähert sich dem Rekord vom 31.1.06 von 17.397 MW. Am 13.10.06 betrug er 16.500 MW.

***

Der Oberste Gerichtshof nähert sich der Lösung von etwa 50.000 Pesifizierungsprozessen. Er fand, dass die Rechtsfrage abstrakt geworden sei, da ein rechnerisches Ergebnis den Wert der eingefrorenen und in Pesos verwandelten Dollareinlagen dem heutigen Marktwert nähere. Der ursprünglich bestimmte Wert von $ 1,40 pro US-Dollar zuzüglich der CER-(Teuerungs-)Indexierung von 2002 bis heute, sowie eines Jahreszinssatzes in der Grössenordnung von 2% würden zusammen $ 2,86 pro Dollar ergeben. Der Oberste Gerichtshof würde demnach anordnen, dass alle Einlagen, die sich noch auf Bankkonten befinden, dementsprechend gutzuschreiben sind, wodurch alle ausständigen Pesifizieungsprozesse hinfällig würden.

***

Das Baugewerbe hat im Oktober, nach dem Construya-Index im Vorjahresvergleich um 15,9% und im Vormonatsvergleich um 3,9% zugelegt. Der Index fusst auf den Umsätzen der 14 führenden Baumaterial-lieferanten, Grupo Later-Cer, Cerámica Quilmes, Sherwin Williams, FV, Loma Negra, Cerro Negro, Klaukol, Aluar, Acer Brag, Plavicon-Prepan-El Milagro, Ferrum, Durlock-Eternit, Masisa und Dema-Aqua System. Im September hatte der Index 19,1% Zunahme im Vorjahres- und 1,7% Zunahme im Vormonatsvergleich ergeben.

***

Zum Vormonat nahmen die Portefeuilles der privaten AFJP Rentenkassen um $ 2,92 Mrd. zu. Es war die grösste monatliche Zunahme in diesem Jahr. Der Stand zum 31.10.06 betrug $ 81,78 Mrd. Zur Zunahme trug die Rentabilität des Kapitalmarktes bei. Der Mervalindex legte 8%, den grössten Satz seit Januar, zu, die BIP-Kupons über 7% und Staatspapiere in Dollar bis zu 11,3%. Von den Bankaktien legten Banco Francés 19% und Galicia 10% zu.

***

Die Lebenshaltungskosten haben in den ersten 10 Monaten für die 20% der oberen Einkommensschichten um 12,1% zugenommen. Für die 20% der Bevölkerung mit den niedrigsten Einkommen um 8,9%, wie die Australuniversität ermittelt hat. Seit Dezember 01 wurden die grössten Preiserhöhungen beim Grundbedarf festgestellt, wie Bekleidung 140%, Nahrungsmittel und Getränke knapp 120%. 06 fanden die grössten Zunahmen bei Dienstleistungen statt, die vorwiegend von den höheren Einkommensgruppen beansprucht werden. Die neue Verteilungsmethode der Preiszunahmen bringt eine steilere Steigerung der Realeinkommen der ärmeren Bevölkerung mit sich. 05 betrug die Teuerung nach obigen Ermittlungen für die oberen 20% der Einkommensstufe 11,5% und für die unteren 20% 13,1%.

***

Das Amt für Öffentliche Einnahmen (AFIP) gab Änderungen bei der Steuer auf Immobilienübertragungen (TIT) bekannt, um sie der Steuer auf persönliche Vermögen anzupassen. Die steuerfreie Obergrenze von $ 80.000 für Immobilienverkäufe wurde auf $ 102.300 erhöht, um sie dem steuerpflichtigen Minimum für persönliche Vermögen gleichzustellen. Damit soll die Eintreibung flexibler werden, da die Steuer-unbedenklichkeit für das ITI von der AFIP direkt ausgestellt werden kann, wenn der Verkaufswert unter $ 102.300 liegt, wie die Änderung des Beschlusses 2.141 erklärt. Der Amtsweg für grössere Beträge ist länger und kann mehrere Tage in Anspruch nehmen.

***

Das Privatunternehmen Mangrullo in Salta hat in Metán mit der multinationalen Nidera $ 4 Mio. in eine automatische Sortierungsanlage nach der Grösse der Sojabohnenkerne errichtet. Die Anlage rundet eine Investition ab, die mit der von Nidera entwickelten Gentechnik beginnt und Mangrullo die Erzeugung von 7.000 t Saatgut bei künstlicher Bewässerung gestattet.

***

Die Preise der Commodities, die Argentinien exportiert, haben im Oktober, im Vorjahresvergleich, um durchschnittlich 9,6% zugenommen. Einem ZB Bericht zufolge ist das die grösste Zunahme der letzten 2 Jahre. Im Vormonatsvergleich betrug die Zunahme 2,8%, nachdem einen Monat zuvor ein Rückgang von 1,8% verzeichnet wurde. Sollten sich die Oktoberpreise halten, würde sich für 06 eine Zunahme von 25% über den Durchschnitt 1996/05 ergeben.

***

Die von S. Soldati geführte SCP (Sociedad Comercial del Plata) schloss das 3. Quartal mit einem konsolidierten Nettoverlust von $ 218,5 Mio. ab. Die Aktiven betrugen $ 459,5 Mio., das negative Nettovermögen $ 744,8 Mio. In den ersten 9

Soros steigt bei SanCor ein

Der ungarisch-nordamerikanische Financier George Soros ha eine Mehrheitsbeteiligung am traditionellen Milchunternehmen SanCor übernommen, das zweitgrösste nach Mastellone (Marke „La Serenísima“). SanCor ist eine Genossenschaft, bis vor kurzem zweiten Grades, also bestehend aus anderen landwirtschaftlichen Genossenschaften, und jetzt auch mit Landwirten als direkten Mitgliedern. Die Genossenschaft selber erlaubt keine Kapitalbeteiligung; deshalb wurde eine neue Gesellschaft gebildet, an der SanCor mit 37,5% beteiligt ist und Adecoagro mit 62,5%. Diese Firma gehört mehrheitlich Soros, hat aber auch Halderman Farm als US-Partner und die Familien Quintín Caraballo als argentinische. SanCor bringt ihre Aktiven und Passiven in die Firma ein, und Adecoagro trägt u$s 120 Mio. in bar bei, von denen u$s 50 Mio. reines Kapital und u$s 70 Mio. für Schuldentilgung bestimmt sind. Die Schuld beträgt nach der Umschuldung u$s 167 Mio. von denen jetzt noch u$s 97 Mio. verbleiben. Angeblich soll SanCor jetzt die Fabrikation von Yoghurt und von Sondermilch für bestimmte Zwecke abgeben, um die Sanierung zu vollenden.

SanCor hatte sich in den letzten Jahren stark verschuldet und war auf Grund der Krise von 2002 in eine schwierige finanzielle Lage geraten. Bei den Umschuldungsverhandlungen forderte die Weltbanktocher IFC (die mit den lokalen Banken Nación und BAPRO und der niederländischen Rabobank die Hauptgläubiger waren) einen Beitrag von frischem Kapital, als Bedingung der Zustimmung zur Hinausschiebung der Zahlungen, was SanCor zwang, einen Parnter zu suchen, der schliesslich in der Person von Soros auftauchte.

Die Leitung von SanCor wies darauf hin, dass das Preisabkommen mit der Regierung, und vorher die Erhöhung des Exportzolles auf Milch, den Gewinn derart beeinträchtigt hätten, dass die Amortisation der Schuld, wie se vorgesehen war, unmöglich wurde. Das ist die Kehrseite des Regierungsdrucks auf die Preise; denn auch Mastellone ist aus diesem Grund in Schwierigkeiten geraten und muss jetzt eine Zinszahlung hinausschieben.

Soros war 2000 aus dem Argentinien-Geschäft ausgestiegen, indem er seine Beteiligungen an der Immobilienfirma IRSA und sein landwirtschaftliches Unternehmen an Eduardo Elsztain u.a. verkaufte. Doch nach der Krise kam er zurück, so dass er über seine Gesellschaften schon 200.000 ha Land besitzt (und noch 25.000 ha in Brasilien). Er begann mit dem Kauf des landwirtschaftlichen Unternehmens des Konzerns Perez Companc, der Firma Pecom Agropecuaria, die 74.000 ha besass. Die landwirtschaftlichen Tätigkeiten von Soros in Argentinien sind sehr weitläufig, von Rinderzucht, Milchwirtschaft, Anbau von Getreide und Ölsaat bis zum Anbau von Zuckerrohr, Reis und Baumwolle. Er hat unlängst einen grossen Betrieb für Milchproduktion für u$s 6 Mio. erworben, mit 3.500 Kühen. Die Investition in SanCor komplementiert somit diese Milchproduktion.

SanCor verfügt über 17 Betriebe zur Milchverarbeitung, mit einer Belegschaft von 4.000 Personen. Insgesamt verarbeiten sieben Betriebe des Unternehmens täglich zwischen 4,5 und 5 Mio. Liter Milch. 2005 erreichte SanCor einen Umsatz von $ 1,45 Mrd., bei einem Export für u$s 138 Mio. an 30 Länder. Das Abkommen SanCor-Soros sieht vor, dass binnen 90 Tagen die Verhandlungen über Einzelheiten und die formellen Schritte (Eintragung in das Gesellschaftsregister u.a.) abgeschlossen sein müssen.

Monaten 06 betrugen die Umsätze $ 128 Mio., um 4% mehr als im gleichen Vortjahreszeitraum. Die Bruttoeinnahmen betrugen $ 41,8 Mio. und konnten die Ausgaben nicht decken.

***

Der italieneische Erdgasverteiler Camuzzi nähert sich einer Neuaushandlung mit der Regierung der Verträge der von ihm kontrollierten Gas de Sur und Camuzzi Gas Pampeana. Für eines der Unternehmen soll ab Januar 07 eine einmalige Tariferhöhung von 17% zugelassen werden, für das andere ab Januar 08. Der US-Partner Camuzzis, Sempra Energy, müsste zumindest zustimmen, seine Klage vor dem Icsid, bei der er das Urteil erwartet, zurückzuneh-men.

***

Der Brotindustrieverband von Buenos Aires wiederholte, dass die Mehlpreiserhöhung den Endverbraucherpreis des Brotes, vermutlich in der nächsten Woche, erhöhen wird. In den letzten 14 Tagen hätte der Mehlpreis stark, um bis zu 30%, zugenommen.

***

Die Roheisenproduktion hat im Oktober im Vorjahresvergleich um 19,1% und im Vormonatsvergleich um 16,6% zugenommen, wie der Hüttenverband mitteilt. Die Rohstahlerzeugung nahm im selben Vergleich um 8,1% bzw. 0,7% zu. In den ersten 10 Monaten 06 wurde um 5,1% mehr Roheisen geliefert als vor einem Jahr.

***

Argentinien schuldet der italienischen obersten Börsenbehörde Consob seit der Umschuldung der privaten Verpflichtungen des Landes vor 2 Jahren, knapp E 2 Mio. Es sind Provisionen und Verwaltungsspesen für die Tätigkeit des Consob bei den Umschul-dungen.

***

Der Oberste Gerichtshof hat den Konkurs der Zuckerfabrik La Esperanza, in Jujuy, bestätigt. Sie wies die Beschwerde gegen das Provinzgericht von Jujuy zurück, das den Konkurs 2000 angeordnet hatte. Das Unternehmen gehörte der Figueroa Gruppe. Nach dem Beschluss muss La Esperanza, das rd. $ 150 Mio. schuldet, liquidiert werden. Hauptgläubiger sind der Staat und die Provinz. Das Unternehmen besitzt 75.000 ha Ländereien.

***

Die Bankeinlagen der Privatwirtschaft nehmen zu, doch nicht um mehr als das Wachstum der Wirtschaft. Wie Abeceb.com mitteilte, betragen die privaten Ersparnisse bei Banken 06 knapp 18,4% des BIP, gegen 18,2% 05 und 18,7% nach einer Hochrechnung für 07. In den letzten 2 Jahren haben die Bankeinlagen des privaten Bereiches in der Grössenordnung von 20% im Jahr zugenommen. Der Berechnung zufolge würden sie Ende 06 $ 118,8 Mrd. betragen, um $ 20 Mrd. mehr als im Vorjahr. Die grösste Zunahme emtstand durch Fristeinlagen, besonders der privaten AFJP Rentenkassen. Die Einlagen im Verhältnis zum BIP werden auch 07 noch viel geringer als die 24,8% des BIP während der Konvertibilität sein.

***

Die Regierung hat den Kfz-Fabriken angedeutet, dass sie die Preise fabrikneuer Wagen nach 4 Monaten Einfrierung erhöhen könnten, jedoch um weniger als die Teuerung. Wie im Juli wurde auch diesmal nichts unterschrieben, sondern von Präsident Kirchner mit Vertretern von 7 der 10 Kfz-Hersteller abgesprochen, die den Verband Adefa bilden. Binnenhandelssekretär Moreno erklärte, es sei ein klares Verhältnis zwischen Kosten und Endpreisen bestimmt worden. Die Unternehmer können demnach ihre Preise erhöhen, wenn sie beweisen können, dass ihre Selbstkosten stiegen. Doch auch dann nur um weniger, als die vom Indec ermittelte Teuerung ausmacht.

***

Planungsminister De Vido hat im Regierungsgebäude ein $ 1,19 Mrd. Programm für den Bau von über 20.000 Wohnungen in 11 Provinzen angekündigt. 06 seien $ 12,42 Mrd. in Wohnungen und Infrastruktur investiert worden, um 52% mehr als 05. Für öffentliche Bauten werde um 812% mehr ausgegeben als 02. Die am meisten begünstigte Provinz sei Tucumán mit 3.000 Häuserbauten, vor Corrientes 2.400, Mendoza 2.158 und La Rioja 1.962.

***

Europas Zollämter haben die wegen des Rechtsstreites mit Monsanto zurückgehaltenen Sojaverschiffungen aus Argentinien frei gegeben, wie das Landwirtschaftsministerium bekanntgab. Monsanto hatte die Einbehaltung in Häfen Hollands, Dänemarks, Grossbritanniens und Spaniens wegen Patentrechtsfragen der genetisch veränderten RR (Roundup Ready) Sojabohnen aus Argentinien bewirkt. Jetzt kann Monsanto keine Einbehaltungen mehr beantragen, ohne U$S 15 bis 18 pro t Sojamehl zu hinterlegen. Bis zum 9.9.06 musste dieser Betrag von den Importeuren hinterlegt werden.

***

Die ZB hat vorgezogen, die Zinssätze für Lebacausgaben zu verringern statt mehr Pesos aufzunehmen. Sie nahm $ 419 Mio. in Pesos zu festen Zinssätzen auf und $ 581 Mio. zu veränderlichen. Dabei musste sie Wechsel für $ 1,17 Mrd. erneuern. Bei vorhergehenden Gelegenheiten hatte die ZB mehr Pesos aufgenommen, als fällig geworden waren. Auf 273 Tage zahlte die ZB 10,30%, auf 336 Tage 11,25% und auf 441 Tage 11,48%.

***

Der Vorstand von Sideco Americana (Macrigruppe) hat dem Verkauf von 75% der Aktien der von ihm kontrollierten Sepsa (Servicio electrónico de pagos) mit der Marke Pago Fácil, an Western Union, USA, zugestimmt, die bereits 25% derselben hält. Der Preis soll nicht geringer als der Buchwert sein. Pago Fácil hat sich kürzlich um 2 interessante Geschäfte vergrössert, Verbraucherkredite (zusammen mit der General Electric Filiale GE Consumer Financial) und das Aufladen von Mobiltelefonen, das in einem Jahr von 10% des Gesamtumsatzes auf 47% desselben zugenommen hat.

***

Die WHO hat in der Streitfrage mit Argentinien über Zollbandbreiten für Weizeneinfuhren gegen Chile entschieden. Argentinien hatte 05 eine Beschwerde eingebracht. Chile muss das in den 60er Jahren zum Schutz seiner Getreidewirtschaft eingeführte System abschaf-fen.

***

Die in Verbindung mit Techint stehende Socotherm Americas, die sich auf Verkleidungen von Stahlrohren spezialisiert, hat ihren Börsengang begonnen. Als erstes Unternehmen in 6 Jahren machte es ein Angebot. Die Notierung begann zu $ 7,55 und stieg auf 7,60. Bei dem Anfangsangebot brachte sie $ 15 Mio. unter, 70% davon bei privaten AFJP Rentenkassen.

***

Sprecher der Kfz-Fabriken erklärten, dass sie 2007/8 $ 1 Mrd. investieren werden. 07 könnte ein Rekordjahr des Fertigung und des Absatzes werden.

***

Durch Beschluss des Landwirtschaftssekretariates 734/06 (Amtsblatt vom 15.11.06) wurden 26.591,54 t der US-Zuckerquote unter den lokalen Zuckerfabriken aufgeteilt. Die USA haben für das Fiskaljahr 2006/7 Argentinien eine Importquote von 53.183,08 t Rohzucker zugeteilt, der einen wesentlich höheren Preis als auf dem Weltmarkt erhält. Jetzt wurde zunächst die Hälfte vergeben, und zwar im Verhältnis der Exporte ohne Berücksichtigung der Lieferungen an die USA, die jede Firma 2005 durchgeführt hat. Von den 488.831,08 t, die 05 exportiert wurden, entfielen 54,64% auf Ledesma (Jujuy), 16,05% auf Compañía Azucarera Concepción (Tucumán), 12.53% auf Ingenio San Martín del Tabacal (Salta), 8,20% auf José Minetti (Tucumán), 5,54% auf Atanor (Tucumán), 1,59% auf Moonmate (Tucumán) und 1,45% auf Prosal (Tucumán).

***

Die Regierung der Stadt Buenos Aires hat die Haushaltsgesetzesvorlage für 07 zurückgezogen, die ein Defizit von $ 1,07 Mrd. auswies, und eine neue eingereicht, ohne Defizit, bei Ausgaben, die um $ 500 Mio. verringert wurden und einer Zunahme der Einnahmenschätzung. Dabei wurde auch eine Partie von $ 214 Mio. eingeschlossen, die aus Vollstreckungen von Forderungen nicht gezahlter Steuern entsteht, die von der parlamentarischen Opposition in Zweifel ge-

8% BIP-Zunahme im September

Der Index des Statistischen Amtes (INDEC) über die wirtschaftliche Entwicklung, genannt EMAE (Esatimador Mensual de la Actividad Económica), der eine grobe Schätzung des Bruttoinlandproduktes darstellt, die jedoch erfahrungsgemäss wenig von den endgültigen BIP-Zahlen abweicht, ergibt für September eine Zunahme gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat von 8% und gegenüber August 2006 von 0,4%, womit die ersten 9 Monaten 2006 um 8,4% über dem Vorjahr liegen. Bei dieser Entwicklung und bei Berücksichtigugn einzelner Daten für Oktober, wird für ganz 2006 mit einer BIP-Zunahme zwischen 8,2% und 8,5% gerechnet, was für 2007 ein Wachstum von leicht 7% ergibt, von dem etwa die Hälfte auf den „statistischen Überhang" entfällt (Differenz zwischen dem BIP-Stand vom Dezember und dem Jahresdurchschnitt), und der Rest eine Folge des Schwunges ist, mit dem das Wachstum voraussichtlich weiter geht, sofern es keine Pannen gibt. Die Hausse bei Getreide und Ölsaaten auf dem Weltmarkt und eine gute Ernte, als Folge des üppigen Regens in diesem Frühling, geben auf alle Fälle der Konjunktur einen starken Impuls für 2007.

Die Wirtschaft wächst nun schon ununterbrochen während 48 Monaten, so dass der EMAE im September um 45,3% über März 2002 und um 14,7% über dem Höchststand der Konvertibilitätsperiode lag, der im Juni 1998 erreicht wurde. Auch pro Kopf liegt das BIP laut Fachleuten des Wirtschaftsministeriums jetzt höher als damals, was allerdings eine niedrige Wachstumsrate der Bevölkerung ab Mitte 1998 voraussetzt. Auf alle Fälle hat sich die Wirtschaft von der tiefen Rezession erholt, die im zweiten Quartal 2001 einsetze und sich Anfang 2002 verschärfte, so dass es sich jetzt um echtes Wachstum handelt, mit einer anderen Problematik als in der Erholungsphase, in der es im Wesen darum ging, brachliegende Ressourcen wieder produktiv einzusetzen.

Im September lag das BIP bei Sachgütern (Landwirtschaft, Bergbau, Industrie und Bautätigkeit) um 7,2% über September 2005, während Dienstleistungen um 8% zunahmen. Das ist bei echtem Wachstum normal. Dennoch stieg in den ersten 9 Monaten das reale BIP um 8,1% und die Dienstleistungen um 8%. Innerhalb des realen Sektors stieg das BIP der Industrie im September um 7,7%, während das der Landwirtschaft nur um 2,2%, und Strom, Gas und Wasser um 4,8% zulegten. Die Bautätigkeit war mit einer Zunahme von 9,3% die grosse Wachstumslokomotive. Indessen wurde das BIP-Wachstum allgemein durch die starke Konsumzunhme angespornt.

stellt wurde.

***

Eine Umfrage des Unternehmerrates von Mendoza bei Weinkellereien ergibt, dass diese bis 2010 $ 602 Mio. zu investieren gedenken, sowohl für neue Weinkellereien, wie für die Ausweitung und Verbesserung der bestehenden. 75% des Betrages ist für erhöhte Exporte bestimmt. Zwischen 1999 und 2005 hatten die Weinkellereien $ 1,79 Mrd. investiert.

***

Die Zahl der Banken in Argentinien nimmt ab. Von 204 Banken, die 1994 tätig waren, fand 1995 wegen der „Tequila-Krise" eine Abnahme auf 145 statt. Danach ging der Schrumpfungsprozess weiter, so dass es jetzt 91 Banken sind. Die Consulting-Firma Ernst and Young meint, 2010 werden es nur noch 80 sein. Die Abnahme erfolgt in den meisten Fällen durch Fusion oder Übernahme. 1977 gab es 700 Banken, wobei viele im Zuge der Krise von 1980 bis 1983 aufgeben mussten.

***

Die Argentinische Handelskammer („Cámara Argentina de Comercio") hat letzte Woche das System der Ursprungszeugnise verarbeiteter Nahrungsmitteln in Kraft gesetzt, das die verschiedenen Etappen der Lebensmittelfabrikation umfasst, womit die Normen der USA und der EU erfüllt werden sollen, was den Export nach jenen Gegenden möglich macht. Die Eintragungsgebühr beträgt $ 100, und danach muss $ 1 pro t gezahlt werden, um im System zu bleiben.

***

Eine Gruppe katalanischer Unternehmer hat das Gebäude gekauft, das sich über dem Kino Metro, auf der Cerrito, befindet, um es in ein Hotel mit 120 Zimmern umzuwandeln, was eine Investition von u$s 5 Mio. darstellt. Wie verlautet, sind auch die lokalen Unternehmer, die das Kino besitzen, Victor Blanco und Pablo Bossi, am neuen Hotelunternehmen beteiligt.

***

Der Bürgermeister von Mar del Plata, Daniel Katz, und der Generalsekretär der Metallarbeitergewerkschaft (UOM), Antonio Calo, gaben die Errichtung eines Fünfsternehotels (mit 220 Zimmern) plus Konventionszentrum für u$s 30 Mio. durch eine europäische Gruppe auf einem Grundstück bekannt, das der Gewerkschaft gehört. Das Grundstück wird von der UOM in Konzession auf 35 Jahre bei Zahlung einer jährlichen Gebühr übergeben.

***

Die von der Chevron Corporation kontrollierte Erdölfirma Chevron San Jorge will 07 in Erschliessungen und Entwicklungen ihrer Erdölfelder in Argentinien U$S 180 Mio. investieren. Das sei doppelt soviel wie in den ersten Jahren nach der Akquisition der Firma investiert wurde, die 1999 von den Familien Priu und Ostry geschaffen wurde, bevor Chevron mit Texaco fusionierte. Die 18 Förder- und 6 Erschliessungsgebiete, die Chevron San Jorge in den Neuquén- und Australbecken in Konzession haben, machen die Firma zum 4.grössten Rohöl- und 9.grössten Erdgaslieferenten des Landes. 05 haben die Erschliessungsarbeiten der Firma 3 Funde im Neuquén- und 4 im Australbecken ergeben.

***

Die gesetzgebende Körperschaft der Provinz Buenos Aires hat die Zwangsvollstreckungen von Hypothekenschulden für einzige Wohnungen mit bis zu $ 200.000 Bewertung für 360 Tage aufgehoben. Die Verlängerung des Gesetzes Nr. 13.390, das am 22.10.06 abläuft, begünstige rd. 750.000 Schuldner. Das Gesetz, das von der Provinzregierung unterschrieben werden muss, beschränkt sich nicht auf einzige oder Privatwohnungen. Es erstreckt sich auch auf eine Einheit bildende kleine oder mittlere Betriebsgebäude, deren Tätigkeit der Arbeitsplatz des Hypothekenschuldners ist.

***

Die Fastfoodkette McDonald's zieht sich von ihrer Tätigkeit als Betreiber der Lokale in Lateinamerika, einschliesslich Argentiniens, zurück. Ihre 2.300 Lokale sollen weltweit in 15 biz 20 Staaten in Lizenz vergeben werden. Das bedeutet, dass Arcos Dorados, die McDonald's Filiale in Argentinien, den Besitzer wechselt. In Argentinien befinden sich 199 der 1.600 Lokale in Lateinamerika, die die Investmentbank J.P. Morgan zum Verkauf anbietet. Hier wird angenommen, dass die Firma Woods Station einer der Bewerber ist. Sie brachte die Marke vor 20 Jahren mit dem Masterfranchiser Arcos Dorados ins Land. Diese Firma vergab verschiedene Subfranchisings. Ende der 90er Jahre, als der Big Mac Verkauf steil zunahm, kaufte das Stammhaus den hiesigen Betrieb.

***

Das Abgeordnetenhaus hat die Scheksteuer, mit 70% Beteiligung des Staates, und die Zigarettensondersteuer um ein Jahr verlängert. Auch die Aufhebung der Gewinsteuer-Rückerstattungen für Ausfuhren über patagonische Häfen wurde mit dem Argument verlängert, dass sie von der WHO beanstandet werden könnte. Die an den Senat weiter geleitete Vorlage hebt auch die Fiskalkredite der MwSt. bei Käufen, Errichtungen, Herstellungen oder endgültiger Einfuhren von Kapitalgütern auf.

***

Der US-Kfz-Zulieferer Tenneco wird in den nächsten 3 Jahren U$S 20 Mio. in seine argentinische Filiale investieren. Für U$S 16 Mio. soll die Produktionskapazität der Stossdämpferfabrik Fric Rot Monroe, in Rosario, von 9.000 Einheiten/Tag auf 12.500 Einheiten/Tag erhöht werden. Die restlichen U$S 4 Mio. seien für die Auspuff- und Schalldämpferfabrik Walker, im Vorort San Martin bestimmt. Der Kfz-Zuliefererverband Afac gibt an, dass seine Mitglieder 06 U$S 1,1 Mrd. investieren, um 15,8% mehr als vor einem Jahr.

***

Das Wasserkraftwerk El Chocón, in Neuquén, wird in den nächsten 14 Monaten den Arbeitspegel seines Staudammes auf 315,85 m über dem Meeresspiegel erhöhen. Das werde eine 6%ige Leistungssteigerung auf 37.000 MWh im Jahr gestatten. Der Energía Plus Regierungsplan sieht höhere Marktpreise für zusätzlich nach 06 gewonnenen Strom vor.

***

Die Banken haben im September $ 332 Mio. verdient, auf Jahresbasis $ 2,85 Mrd., wie die ZB mitteilt. Sie hob die Erholung des Finanzgeschäftes hervor und betonte, dass die Bankengewinne im 3. Quartal rd. $ 1,05 Mrd. betrugen. Im 2. Quartal waren es $ 790 Mio., im 3. Vorjahresquartal $ 785 Mio.

***

Die Regierung hat die Zahlung an Paraguay von U$S 30 Mio. innerhalb der nächsten 30 Tage verfügt. Es ist eine Akontozahlung für, im Rahmen des Vertrages beider Staaten, vom gemeinsamen Wasserkraftwerk Yacyretá, zusätzlich an Argentinien gelieferten Strom. Auch hat die Regierung der mit Paraguay gemeinsamen Verwaltung des E-Werkes, EBY, für erhaltene Stromlieferungen weitere U$S 48,19 Mio. zuerkannt. Die Zahlungen erfolgen laut Dekret 1651/06, Amtsblatt vom 16.11.06, einer gemeinsamen Erklärung beider Präsidenten und einem Abkommen zwischen dem argentinischen Planungsministerium und dem paraguayischen Bautenministerium.

***

Zu der landesinneren Erdgasversorgungsproblemen kommen die durch Reparaturen von Petrobras an 2 Zulieferleitungen bedingten geringeren Lieferungen aus Bolivien. Wie Enargas mitteilte, gingen die bolivianischen Gaslieferungen an Argentinien am 11.11. um 5,9 Mio. cbm/Tag auf 1 Mio. cbm/Tag zurück. Am 15.11. nahmen sie, von der vertraglichen Gesamtmenge von 7,7 Mio. cbm/Tag auf 2,5 Mio. zu.

***

Die monatliche Schätzung des Landwirtschaftssekretariates rechnet für die wichtigsten Saatgüter mit einer Gesamtsaatfläche von 28,14 Mio. ha, einer Rekordzahl, die um 4,2% über dem Vorjahr liegt. Zugrunde gelegt wurden die Sojabohnen-, Weizen-, Mais-, Gerste-, Reis-, Sonnenblumen- und Sorghumaussaaten. Ausser bei Weizen, der um 0,2% weniger ausgesät wurde, gab es überall Zunahmen. Sajabohnen wurden auf 15,9 Mio. ha gesät, um 600.000 ha mehr als im Vorjahr.

***

Die Erdgasversorgung bleibt unsicher. Trotz der bedeutenden, erhaltenen Steuerbegünstigungen streiken 2 der 3 Gewerkschaften weiter. Nachdem die Regierung ihnen die Zahlung von Fahrt- und Versorgungsspesen für die Berechung der Einkommensteuer ausserhalb der Entlohnung zugesichert hat, fordern die Gewerkschafen von Chubut und Santa Cruz jetzt die selbe Steuerbefreiung bei der Zahlung von Überstunden. Der Vorschlag der Erdölunternehmen einer jährlichen Zusatzzahlung von $ 800 - 1.000 wurde von den Gewerkschaften abgelehnt. Die Regierung ist um die Gasversorgung der E-Werke besorgt.

***

Nach der Überwindung unendlich scheinender rechtlichen Hürden erhielt die Finanztreuhand Gas 1 grünes Licht von der Nationalen Wertschriftenkommission CNV. Jetzt fehlt nur mehr die Unterbringung der Anteile von $ 630 Mio., die in Kürze erfolgen soll. Die Anteile die von den privaten AFJP Rentenkassen übernommen werden, haben eine Laufzeit von 8 Jahren, mit einem auf Grund des Badlarsatzes veränderlichen Zinssatz. Sie werden mit einem Aufschlag zurückgezahlt, den Industrien für Gaslieferungen über 05 erweiterte Rohrleitungen bezahlen müssen.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Preispolitik mit abnehmender Wirkung

Die Wirtschaft steht unter zunehmendem Inflationsdruck, der sowohl von einer hohen Nachfrage, wie von Kostenerhöhungen ausgelöst wird. Als Folge der Lohnerhöhungen und der gestiegenen Beschäftigung, sowie der höheren Einnahmen von Selbstständigen, die bei der guten Konjunktur stärker beschäftigt werden und die Preise für ihre Dienstleistungen erhöhen konnten, und zum Teil auch wegen höherer Einnahmen von Landwirten, die ihren Weizen u.a. Produkte teurer als im Vorjahr verkaufen, wird gesamthaft erwartet, dass der Konsum dieses Jahr real um über 9% steigt, bei einer BIP-Zunahme von etwa 8,5%, wobei auch die starke Zunahme des Bankkredites an den privaten Bereich, von 43% in 12 Monaten zum Oktober 2006, bei einem anormal hohen Anteil von Konsumkrediten, die Nachfrage anspornt. Nachdem die Phase der reinen Erholung aus der tiefen Rezession 2005 zu Ende gegangen ist, handelt es sich jetzt um echtes Wachstum, bei dem in vielen Bereichen Kapazitätsgrenzen erreicht wurden und Preiserhöhungen ohne Schwierigkeiten durchgesetzt werden können.

Auf der anderen Seite wirken sich die Lohn- und Gehaltserhöhungen auf die Kosten von Sachgütern und besonders von Dienst-

leistungen aus, ebenso wie die Reformen der Arbeitsgesetzgebung und die Unge-wissheit, die bei der Versicherung von Arbeitsunfällen und -krankheiten besteht, nachdem die Regierung das Gesetzesprojekt in die Länge zieht, das wieder gewisse Grenzen auf diesem Gebiet schaffen soll. Die Marge der Unternehmen für Lohnerhöhungen, die durch die Megaabwertung von 2002 geschaffen worden war, hat sich in den letzten Monaten erschöpft, so dass die Unternehmen zu einer vollen Abwälzung erhöhter Arbeitskosten auf die Preise übergehen. In einigen Fällen schaffen neue Technologie, Rationalisierung und geringere Einheitskosten wegen Vollauslastung der Kapazität noch eine gewisse Marge, um höhere Löhne zu kompensieren. Aber das sind eher Ausnahmefälle, umso mehr als die Unternehmen sich über Mangel an Facharbeitern, Technikern und auch einfach gut qualifizierten Arbeitern beklagen, für die sie starke Lohnerhöhungen verfügen müssen, um sie überhaupt anheuern zu können.

Hinzu kommt noch die jüngste Erhöhung des Preises für Rinder, die eine direkte Folge der durch das erhöhte Einkommen bedingten Nachfragzunahme und der Regenfälle der letzten Wochen ist, die den Zustand der Weiden verbessert haben und die Landwirte veranlassen, die Rinder zurück zu behalten, um sie auf ein höheres Gewicht zu bringen und die Wirkung der vorangehenden Dürre aufzuholen. Vorläufig hat sich dies wenig auf den Fleischpreis bei den Metzgern ausgewirkt, wobei diese behaupten, dass sie versuchen werden, die Preise für die Teile, bei denen Preiseinfrierung vereinbart worden ist, nicht zu erhöhen, wohl jedoch die der anderen Teile. Die Rechnung mag in Gegenden aufgehen, wo viel Qualitätsfleisch gekauft wird; aber in den ärmeren Vierteln würde eine Preispolitik der Metzger in diesem Sinn nur dazu führen, dass die teureren Teile nicht verkauft werden können. Dieses Problem soll durch die Aufteilung des Rindes in Vierteln statt in halbe Leiber gelöst werden, die jedoch angekündigt, aber nicht effektiv durchgeführt wurde. Angeblich soll es jetzt keine neue Exportsperre, auch keine Erhöhung der Exportsteuer für Rindfleisch geben. Indessen ist kaum anzunehmen, dass die Regierung passiv zuschaut, wie der Rindfleischpreis in die Höhe geht.

Schliesslich kommt noch die Wirkung der internationalen Hausse bei Getreide und Ölsaat hinzu, die sich auf Brot, Teigwaren, Maisprodukte („polenta“), Speiseöl u.a. Produkte auswirkt, die den Warenkorb stark beeinflussen, der dem Index der Konsumentenpreise zu Grunde liegt. Auch die starke Hausse bei Metallen, besonders bei Kupfer, wird schliesslich auf die Preise zahlreicher Konsumgüter abgewälzt. Bei Import- und Exportprodukten wirkt sich auch die schleichende Abwertung aus, die jedoch weiter hinter der internen Inflation zurückbleibt, eben weil dieser Inflationsfaktor minimisiert werden soll. Die Politik des real hohen Wechselkurses kommt immer mehr in Konflikt mit der Preispolitik, wobei diese unterschwellig Priorität hat, besonders wenn eine Regierung auf Wahlen zur Erneuerung des Präsidenten zusteuert und die tägliche Devisenbilanz weiter einen Überschuss abwirft, so dass die ZB gezwungen ist, Devisen zu kaufen, um eine Aufwertung des Peso zu vermeiden.

Diese erhöhten Kosten, die schliesslich stets auf die Preise abgewälzt werden, umso mehr als eine hohe Nachfrage dies erleichtert, führen zu einer zunehmenden Differenz zwischen den Preisen der kontrollierten und der nicht kontrollierten Güter, ein Zustand, der irgendwann unhaltbar wird, so dass die stärker gestiegenen Preise die zurückgebliebenen mitreissen. Der offizielle Index wird dieses Jahr mit einer Zunahme um die 10% abschliessen, bei etwas über 5% bei kontrollierten Produkten und an die 15% bei denjenigen, die sogenannte „flexible“ Preise haben. Und wenn man Waren und Dienstleistungen nimmt, die nicht im Index enthalten sind, liegt die Preiszunahme noch höher.

Allein, Staatssekretär Guillermo Moreno gibt nicht auf, sondern verhärtet den Kurs. Am Montag hat er beschlossen, auch die Preise am Zentralmarkt von Buenos Aires für Gemüse, Obst u.a. frische Lebensmittel direkt zu kontrollieren, durch Referenzpreise (die faktisch Höchstpreise sind) für etwa 30 Produkte. Zu diesem Zweck wurde schon in der Vorwoche (Dekret 1597/06) bestimmt, dass der Zentralmarkt, der eine dreigeteilte Leitung hat, nämlich Nationalstaat, Stadt und Provinz Buenos Aires, direkt vom Binnenhandelssekretariat abhängt, wobei dieses dort ein Büro einrichten wird. Gemäss INDEC-Zahlen ist in 10 Monaten 2006 der Preis für Obst um 23% und für Gemüse um 18% gestiegen, wobei die Waren, um die es hier geht, 3,3% des Warenkorbs des Indices der Konsumentenpreise ausmachen, etwas weniger als Rindfleisch. Bei einigen Produkten fand eine wahre Preisexplosion statt: Kürbisse stiegen um 102%, Tomaten um 61%, Orangen um 57% und Kopfsalat um 33%. Allerdings gab es auch Preisrückgänge, wie es bei einem Markt normal ist, bei dem das Angebot vieler Produkte starken Schwankungen unterliegt.

Wie dies in der Praxis funktionieren soll, ist nicht klar, zumal diese Produkte auch direkt an Supermärkte u.a. geliefert werden. Bei einem Höchstpreis erhält derjenige Käufer das Produkt, der zuerst kommt. Das kann dazu führen, dass bestimmte Käufer (die eventuell mit dem Lieferanten unter einer Decke stecken) viel mehr kaufen, als sie selber brauchen, und das Produkt dann an Dritte mit einem Überpreis abgeben. Oder dass unter dem Tisch direkt ein Überpreis gefordert wird. Der Markt für Obst und Gemüse hat so viele Anbieter und Käufer, dass er sich faktisch kaum kontrollieren lässt.

Moreno erweitert die Preiskontrolle immer mehr, wobei man jedoch zunehmende Zweifel an der Effektivität der Kontrollen hat. In Supermärkten werden die billigeren, weil kontrollierten Produkte, oft kontingentiert, so dass sie ausgehen. Auch werden die teureren Produkte, die als qualitativ hochwertiger gepriesen werden, an den Vorzugsstellen ausgestellt. Und schliesslich verursacht die Politik dieser Unternehmen, täglich besondere Produkte billiger zu bieten, oder allgemeine Rabatte einzuführen, die einmal für Rentner und das andere für alle, aber nur an einem bestimmten Tag gelten, oder nur für eine begrenzte Menge bestimmter Waren, grosse Verwirrung über die Preise, so dass der Konsument nicht wissen kann, ob die mit der Regierung vereinbarten Preise wirklich eingehalten werden. Schliesslich sei noch darauf hingewiesen, dass die Preispolitik ohnehin juristisch auf schwachen Füssen steht, weil das Gesetz vom Jahr 1974, das angeblich angewendet wird, durch spätere Gesetze zum grossen Teil ausser Kraft gesetzt worden ist. Die Unternehmen wissen somit, dass sie das Preisdiktat des Binnenhandelsekretärs nicht allzu ernst zu nehmen brauchen, wobei sie gute Aussichten haben, einen Prozess zu gewinnen, sofern ihn die Regierung anstrengt, umso mehr, wenn die offiziellen Preise Verluste bedeuten. Denn das Prinzip der Erhaltung der Unternehmen steht an oberster Stelle, und das dürften auch die Richter verstehen.

Die unverstandenen Kleinunternehmen

Politiker und hohe Beamten heben stets die Bedeutung kleiner und mittlerer Unternehmen hervor, vor allem bei der Schaffung von Arbeitsplätzen, scheinen jedoch kaum eine Ahnung über deren Problematik zu haben. So wurde unlängst bekanntgegeben, dass diesen Unternehmen in drei Jahren subventionierte Kredite in Höhe von leicht über einer Milliarde Pesos gewährt worden seien, womit gezeigt werden soll, wie viel die Regierung für diese Unternehmen tut. In der Tat erhalten nur wenige mittlere (und nicht wirklich kleine) Unternehmen diese Kredite, während die allermeisten sogenannten Pymes („pequeñas y medianas empresas“) keinen Zugang zum Bankkredit haben und auf eigene Mittel oder Wucherkredite angewiesen sind, sei es, dass sie sie ausserhalb des Bankensystems erhalten, oder dass die Banken ihnen Kontokorrentvorschüsse oder rein persönliche Kredite zu unverhältnismässig hohen Zinsen gewähren. Viele finanzieren sich über den Verkauf von vordatierten Schecks, bei denen ihnen Banken oder andere Finanzanstalten eine hohe Provision abziehen, die einem Jahreszinssatz von über 40% entspricht, gelegentlich 100%. Es wäre gewiss vernünftiger, wenn die Wirtschaftsführung aufhören würde, Zinsen durch Subventionen zu senken, was eine Vergeudung von Budgetmitteln und eine ungerechtfertigte Bevorzugung bestimmter Unternehmen darstellt, und sich statt dessen die Frage stellen würde, was getan werden sollte, damit diese Unternehmen allgemein normalen Zugang zum Bankensystem haben.

Gegenwärtig haben die Banken Schwierigkeiten, ihre Mittel unterzubringen. Grossunternehmen fordern relativ wenig Kredite, und Kleinunternehmen sind nicht kreditwürdig. Das Grundproblem besteht somit darin, was getan werden muss, damit auch diese Unternehmen Zugang zum Bankkredit zu normalen Bedingungen haben. In diesem Sinn bedarf es folgender Massnahmen:

● Den mittleren und kleinen Unternehmen muss gestattet werden, wahre Bilanzen vorzulegen, also mit schwarzen Aktiven, ohne dass das Steueramt dies als Gewinn betrachtet und darauf die entsprechende Steuer fordert. Dies wäre eine Vermögensweisswaschung, die aus moralischen Gründen abgelehnt wird. Im Grunde sind diese Moralisten jedoch Heuchler, da sie genau wissen, was in der Wirklichkeit vor sich geht, und es stillschweigend dulden. Vom Standpunkt der Fiskaleinnahmen würde dies zu erhöhten Einnahmen führen, da diese Firmen ab Legalisierung ihres schwarzen Vermögens in den legalen Kreislauf eintreten und mehr Steuern zahlen. Mit normalen Bilanzen können diese Unternehmen dann auch Bankkredite fordern.

● Es muss ihnen ebenfalls erlaubt werden, ihr schwarz angestelltes Personal zu legalisieren, ohne dass die Sozialabgaben für die Vergangenheit gefordert werden. Der Fall muss so behandelt werden, als ob dieses Personal neu in das Arbeitsverhältnis eintritt, wobei diese Arbeitnehmer auch kein Recht haben dürfen, Forderungen zu stellen, die sich aus ihrer unregelmässigen Vergangenheit beim Unternehmen ergeben.

● Es muss bestimmt werden, dass Giro- und Sparkonten dieser Unternehmen bis zu einem gewissen Betrag ($ 500.000?) nicht beschlagnahmt werden dürfen. Denn gegenwärtig werden diese Konten vom nationalen Steueramt und von provinziellen Steuerämtern, und auch von Arbeitsrichtern u.a. beschlagnahmt, noch bevor ein richterliches Urteil gefällt worden ist, was die Unternehmen zwingt, so weit wie möglich auf Bargeldverkehr über zu gehen. Der Unterstaatssekretär für öffentliche Einnahmen der Provinz Buenos Aires, der besonders aktive Santiago Montoya, hat schon um die 6.000 Konten von Schuldnern provinzieller Steuern beschlagnahmt, von denen wohl der grösste Teil auf Pymes entfällt, und ist sehr stolz darauf. Diese Beschlagnahmen stellen für die betroffenen Unternehmen ein schweres Hindernis für ihre normale Entwicklung dar. Wer überleben will, muss somit seinen Zahlungsverkehr im Wesentlichen mit Bargeld abwikkeln. Das bedeutet jedoch, dass diese Unternehmen für die Banken nicht kreditwürdig sind. Mit der hier vorgeschlagenen Massnahme würden beiläufig die Bankdepositen und somit auch die Kreditkapazität zunehmen, wobei auch der Erlös der Schecksteuer zunehmen würde.

Die Kleinunternehmen werden vom rechtlichen System und vom Kreditsystem benachteiligt. Viele Unternehmen, vor allem bei persönlichen Dienstleistungen, entstehen zunächst informell, ohne dem Steueramt ihre Existenz mitzuteilen. Sie erhalten auf diese Weise eine nicht gewollte steuerliche Förderung. Dass dies in einer ersten Etappe so ist, sollte nicht tragisch genommen werden, da es gesamtwirtschaftlich unbedeutend ist. Das Problem besteht darin, dass ihnen, wenn sie sich erfolgreich entwikkeln, der Übergang in die Legalität verwehrt ist, da sie in diesem Fall ihre vorherige schwarze Existenz zugeben und von der AFIP belangt werden. Diese Realität wird von den Regierungen, dieser und den vorangehenden, konsequent ignoriert. In welcher Welt leben die Beamten, die sich mit diesen Dingen beschäftigen?

Es ist das Verdienst von Domingo Cavallo, in seiner zweiten Amtszeit als Wirtschaftsminister unter Präsident De la Rua, eine effektive Massnahme zu Gunsten der Pymes getroffen zu haben, nämlich die Änderung der Scheckgesetzgebung, so dass bei ungedeckten Schecks Konten nicht sofort auf 5 Jahre gesperrt werden, wie es vorher der Fall war. Viele Pymes haben eine sehr schwache Finanzgebarung, so dass sie bei Zahlungsverzögerung eines Kunden sofort in Schwierigkeiten geraten und ihre vordatierten Schecks nicht zahlen können. Das war früher tragisch, ist es aber jetzt nicht mehr, da ihnen eine Frist gewährt wird, um ungestraft zu zahlen. Indessen wird in der Zentralbank an einem Gesetzesprojekt gearbeitet, um zur alten Scheckordnung zurückzukehren. Bürokraten sind wirklich gefährlich. Es bleibt zu hoffen, dass ZB-Präsident M. Redrado und Wirtschaftsministerin F. Miceli den Fall begreifen.

Ebenfalls war die Einführung des Handels mit vordatierten Schecks an der Börse von Buenos Aires, die Julio Werthein als Präsident vor einigen Jahren eingeführt hat, eine effektive Hilfe für viele Pymes, da sie hier vordatierte Schecks von Grossunternehmen zu niedrigen Zinsen diskontieren können. Dieser Handel nimmt explosiv zu, was zeigt, dass ein echter Bedarf vorhanden ist. Die juristische Figur des vordatierten Schecks wurde vor einigen Jahren geschaffen und wird immer mehr als Finanzierungsinstrument eingesetzt, an Stelle des Wechsels, der hier wenig beliebt ist, weil das Inkasso eines nicht bezahlten Wechsels gelegentlich schwierig ist. Ein vordatierter Scheck bedeutet für den Gläubiger eine höhere Garantie, weil der Schuldner strafrechtlich belangt werden kann. Die meisten Juristen waren seinerzeit gegen vordatierte Schecks, weil sie meinten, ein Scheck sei kein Wechsel, sondern im Wesen Geld. Das ist jedoch ein Irrtum: ein Scheck ist eine Zahlungsanweisung, während das Bankkonto wirtschaftlich Geld darstellt, wobei der Zahlungsakt nicht bei Übergabe des Schecks, sondern bei Belastung eines Kontos und Gutschrift des anderen entsteht.

Wenn es sich beim Börsendiskont jedoch um Schecks von weniger bekannten Unternehmen handelt, brauchen die Firmen, die die Schecks an die Börse bringen, eine Sicherung einer Gesellschaft für gegenseitige Garantie (SGR, Sociedad de Garantía Recíproca), wobei sich hier ähnliche Schwierigkeiten wie bei einem normalen Bankkredit ergeben, auf die wir oben hingewiesen haben. Gelegentlich kann dies überbrückt werden, wenn die Firma, die den Scheck ausgegeben hat, gut genug ist; aber normalerweise wird auch die Zahlungsfähigkeit des Unternehmens untersucht, das der Scheck diskontieren will. Nebenbei sei bemerkt, dass diese SGR, die 1994 per Gesetz nach spanischem Vorbild geschaffen wurden, in den ersten Jahren wenig Erfolg hatten, und erst jetzt stärker in Schwung geraten. Auch auf diesem Gebiet sollte die Regierung sich überlegen, was getan werden kann, um das System anzupornen, damit es wie in Spanien funktioniert.